

Der «vergessene» Krieg im Sudan

Weltweit nimmt die Zahl an bewaffneten Konflikten zu, aber nur wenige erhalten internationale Aufmerksamkeit. In der medialen Berichterstattung sind dies vornehmlich die Kriege in der Ukraine und in Gaza, während über andere Konflikte kaum berichtet wird. Sie stehen ebenfalls nicht im Zentrum diplomatischer Bemühungen und humanitärer Hilfe.

Ein Beispiel ist der Krieg im Sudan. Die humanitäre Lage ist katastrophal und hat verheerende Folgen für das Land, die Region und die internationale Friedenssicherung. Dennoch bleiben die internationalen Vorstösse, den Konflikt zu lösen, unzureichend. Sie sollten stärker auf die zivilen AkteurInnen im Sudan setzen. – Ein Beitrag aus dem von bundesdeutschen Friedensforschungsinstituten herausgegebenen *Friedensgutachten 2025*.

Im Frühjahr 2023 eskalierte der Machtkampf zwischen der sudanesischen Armee (Sudanese Armed Forces, *SAF*) und den Rapid Support Forces (*RSF*), einer früheren Miliz, die durch ihre Beteiligung am Genozid in Darfur bekannt wurde. Das löste eine der grössten humanitären Krisen weltweit aus. Seit Beginn der Kämpfe am 15. April 2023 kamen mindestens 125'000 Menschen ums Leben, häufig durch direkte Gewalt, aber

ebenso durch Hunger oder die Zerstörung des Gesundheitssystems. Die *RSF* nutzt systematische Plünderungen und sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe, was die humanitäre Krise verschärft. Grossflächige Luftangriffe der *SAF* zerstören die Infrastruktur in Khartum und anderen Städten sowie vor allem in der Region Darfur, darunter Schulen und Krankenhäuser. Grundlegende Infrastruktur wie Wasser- und Stromversorgung und das mobile Internet ist weitgehend demoliert. Über 24 Millionen Menschen, die Hälfte der Gesamtbevölkerung, sind von akutem Hunger betroffen. Mehr als zwölf Millionen Menschen mussten durch den Krieg fliehen, davon etwa drei Millionen in Nachbarländer wie Tschad, Ägypten und Südsudan.

Angesichts der geografischen und geopolitischen Bedeutung des Sudan beeinflusst der Krieg nicht nur die regionale Stabilität, sondern auch globale Handelsrouten und verändert die Migrationsbewegungen in der Region. Lokale AkteurInnen wie die zivilgesellschaftlichen Widerstandskomitees aus der Zeit der Revolution 2018/19 und die daraus entstandenen Notaufnahmen (Emergency Response Rooms) stellen trotz staatlicher Blockaden und fehlender internationaler Unterstützung die humanitäre Versorgung sicher. Diese zivilen dezentralen Initiativen verdeutlichen nicht nur die Widerstandskraft der Bevölkerung, sondern auch das Fehlen einer wirksamen Unterstützung von aussen.

Al-Bashirs Militärputsch von 1989

Für den aktuellen Krieg entscheidend ist der Verlauf der politischen Ereignisse seit dem Militärputsch von Omer al-Bashir im Jahr 1989, der daraufhin den Sudan für drei Jahrzehnte autoritär regierte. Al-Bashir zerschlug bei seiner Machtübernahme jegliches Potenzial für Widerstand innerhalb der Regierungsstrukturen und setzte loyale AnhängerInnen ein. 1991 führte er die Islamische Charta ein. Sie erklärte den Islam zur Staatsreligion und eine strenge Auslegung der Scharia zur Grundlage des Rechtssystems.

Al-Bashir nutzte die enge Interpretation des Islam als Instrument der Kon-

trolle und Repression der Bevölkerung. Das Regime unterdrückte beispielsweise Frauen, die strengen Kleidungs- und Verhaltensweisen unterworfen wurden. Die Konsequenzen der neuen Gesetzesgrundlage trafen vor allem den Süden des Sudan stark, der durch seine ethnische Vielfalt und die Christianisierung während der Kolonialzeit nicht in das neue Staatsbild passte. In dem seit 1983 eskalierenden Bürgerkrieg setzte al-Bashir den Kampf gegen den Widerstand im Süden fort. Auf ein Friedensabkommen (2005) folgte ein Referendum, das 2011 zur Abspaltung des Südsudan in einen unabhängigen Staat führte.

Parallel dazu eskalierte 2003 die Gewalt in Darfur. Dort kämpften vor allem die Janjaweed, geführt von Mohamed Hamdan Dagalo – auch bekannt als Hemedti, der spätere Führer der *RSF* – mit Regierungsunterstützung gegen die Fur, Masalit und Zaghawa. Die Janjaweed und die Zentralregierung verfolgten diese drei Bevölkerungsgruppen vor allem aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit.

Integration der Janjaweed in die Armee als Vorwand

Grosse Teile der Bevölkerung im urbanen Zentrum und die Elite in Khartum ignorierten oder unterstützten die zum Teil genozidale Gewalt. Die ideologische, finanzielle und politische Unterstützung der Janjaweed vonseiten der Regierung stärkt deren Position bis heute. Weder der Völkermord in Darfur noch andere Verbrechen führten für die *RSF* jemals zu Anklagen oder strafrechtlichen Konsequenzen. Im Zuge ihres Einsatzes in Darfur integrierte die sudanesische Regierung die Janjaweed graduell in die Armee. Damit sollten sie legitimiert, aber auch kontrolliert werden. 2013 entschied sich al-Bashir für eine Formalisierung und gab ihnen mit der Bezeichnung Rapid Support Forces unter der Führung von Hemedti ein neues Image. 2017 war der formale Prozess der Integration in die *SAF* abgeschlossen. Dabei standen Hemedti und seine Truppen unter direkter Kontrolle von al-Bashir, umgingen also die militärische Hierarchie der *SAF*.

In den folgenden Jahren erweiterte die *RSF* ihren Handlungsspielraum und





Geflüchtete aus Darfur in einem Verteilungszentrum für Nahrungsmittelhilfe in der Stadt Adré im Tschad, März 2024.

damit ihre Macht. Sie kämpfte unter anderem für die von Saudi-Arabien geführte Koalition im Krieg im Jemen und kam in Libyen zum Einsatz. Im Jahr 2014 hat die EU Programme zur Grenzsicherung und Migrationskontrolle im Sudan unterstützt, unter anderem umgesetzt von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), in denen die RSF mindestens indirekt gefördert wurde. Mehr finanzielle Ressourcen und wachsende internationale Anerkennung verstärkten die Stellung und Vernetzung Hemedtis.

Die Volksrevolution von 2019

Populäre Volksaufstände stürzten im April 2019 das Regime von al-Bashir. Wie auch bei der Revolution von 1986 führten zivilgesellschaftliche Netzwerke den Widerstand an. Vor allem die Sudanese Professional Association (SPA) sowie die Widerstandskomitees übernahmen als Teil der Forces for Freedom and Change (FFC) die Koordination ziviler Aufstände und formulierten eine politische Vision. Die SPA hatte sich bereits 2012 als ge-

werkschaftlicher Zusammenschluss gegründet. Weil sie von der Regierung verfolgt wurde, liess sie sich erst 2016 formal registrieren und begann, als Organisation nach aussen zu kommunizieren. Sie übernahm im Verlauf der Revolution eine entscheidende Rolle und trat dafür ein, die Bevölkerung in die politischen Prozesse einzubeziehen. Die Widerstandskomitees sind eine dezentrale Organisationsform, die im Zuge der Revolution 2018/19 entstanden ist. Sie bestehen aus lokalen freiwilligen Gruppen, die sich im ganzen Land für die Belange und Bedürfnisse der Zivilbevölkerung einsetzen.

Trotz des zivilgesellschaftlichen Widerstands übernahm zunächst das Militär die Macht und setzte General Abdel Fattah al-Burhan als Leiter des Übergangsrates ein. Die Ernennung al-Burhans war nicht das Ergebnis einer Wahl oder eines politischen Prozesses, sondern eine gezielte Entscheidung, ebenso wie die Ernennung Hemedtis zu seinem Stellvertreter. Trotz der Integration der RSF in die SAF und der gemeinsamen

Führung des militärischen Übergangsrates rangen die beiden um die Vormachtstellung und Kontrolle.

Die Übergangsregierung, die der Übergangsrat und der FFC im August 2019 einsetzten, bestand sowohl aus ZivilistInnen als auch aus Militärs. Abdallah Hamdok führte die Regierung als Ministerpräsident an. Seine Handlungsmacht war allerdings stark eingeschränkt und nur von kurzer Dauer. Am 21. Oktober 2021 stürzten Burhan und Hemedti gemeinsam die Übergangsregierung und stellten das Land erneut unter eine rein militärische Führung. Die Proteste der Zivilbevölkerung brachen dabei nicht ab, sondern intensivierten sich mit Beteiligung der SPA und der Widerstandskomitees.

Der Ausbruch des Krieges 2023

Am 15. April 2023 kam es in Khartum zu einem gewaltsamen Zusammenstoss zwischen RSF und SAF, der innerhalb

Fortsetzung Seite 12

kurzer Zeit eskalierte. Die Konkurrenz um politische und wirtschaftliche Kontrolle, insbesondere über Ressourcen wie Goldminen, verschärfte die Spannungen zwischen beiden Seiten. Dabei spielten auch regionale, ethnische und soziale Unterschiede eine Rolle, was sich in den Lebensläufen der beiden Militärführer widerspiegelt. Abdel Fatah al-Burhan entstammt der privilegierten muslimisch-arabischen Elite der Hauptstadt und diente über Jahrzehnte unter dem Regime von al-Bashir. Hemedti hingegen stammt aus einer peripheren Gegend in Darfur, wuchs in bescheidenen Verhältnissen ohne Schulbildung auf und baute die RSF zu einer militärischen Macht aus.

Beide Seiten bedienen sich massiver Gewalt. Zu den Anschuldigungen gehören systematische Plünderungen und sexuelle Gewalt, welche die RSF gezielt als Kriegswaffe einsetzt. RSF-Mitglieder veröffentlichen selbst Videos dieser Taten auf Plattformen wie TikTok. Im Oktober 2024 wurde bekannt, dass eine Gruppe von mehr als 100 Frauen gemeinsam Selbstmord begangen hatte, um der sexuellen Gewalt der RSF zu entkommen.

Die Taktik der verbrannten Erde

Eine weitere Kriegstaktik ist die Strategie der verbrannten Erde. Die RSF zerstört beim Rückzug alles, was der SAF von Nutzen sein könnte. Dazu gehören nicht nur Regierungseinrichtungen, sondern auch Privathäuser. Die SAF hat durch Luftangriffe grosse Teile der Hauptstadt und ihrer Infrastruktur zerstört. Bis heute scheint die SAF Unterstützung in der Bevölkerung zu haben, obwohl ihr Menschenrechtsorganisationen ebenso gewaltsame Übergriffe gegen ZivilistInnen vorwerfen.

Seit Beginn des Jahres 2025 verlagert sich das militärische Kräfteverhältnis deutlich zugunsten der SAF, die nach Landgewinnen Ende März erneut das urbane Zentrum Khartums einnahm. Dabei wird die Fragmentierung beider Kriegsparteien weiter vorangetrieben, denn auch die SAF baut massiv auf die Rekrutierungskraft diverser Milizen. Das erhöht das Risiko interner Machtkämpfe und könnte Verhandlungen weiter erschweren.

Russische Unterstützung für die Regierungstruppen

Der Krieg im Sudan zeichnet sich durch

die starke Einmischung externer AkteurInnen aus, die eigene geopolitische und wirtschaftliche Interessen verfolgen und eine international koordinierte Vermittlung des Konflikts erschweren. Durch Waffenlieferungen, finanzielle Unterstützung der Kriegsparteien und illegalen Handel mit Rohstoffen sind diese AkteurInnen zur Lebensader einer Kriegsökonomie geworden, ohne die die Kriegsparteien schneller zu Konzessionen gezwungen wären. Laut einer Studie von Amnesty International sind seit Kriegsbeginn Waffen und Munition aus China, Russland, Serbien, der Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und dem Jemen in grossen Mengen in den Sudan und dann in einigen Fällen nach Darfur gelangt. Dies verstösst gegen das UNO-Waffenembargo für Darfur. Unter den Waffenlieferungen der VAE an die RSF waren auch EU-gefertigte, insbesondere französische Waffensysteme.

Internationale Unterstützung erfährt die SAF durch Russland, den Iran und die Türkei, die Waffen und Drohnen liefern. Russland hatte zunächst über die Wagner-Gruppe die RSF unterstützt, verstärkte dann aber seine direkte Hilfe für die SAF. Russland nutzt den Sudan nicht nur als Partner in einem geopolitischen Machtspiel, sondern auch als strategischen Militärstützpunkt, wie die im Februar 2025 von der sudanesischen Regierung genehmigte russische Militärbasis in Port Sudan mit Zugang zum Roten Meer belegt. China ist nicht nur als Waffenlieferant aktiv, sondern hat in den vergangenen Jahren erheblich in den Ölsektor des Sudan investiert.

Viele geopolitische Interessen

Ägypten steht seit Jahrzehnten in enger Verbindung mit der SAF und hat nach Kriegsausbruch umgehend einen Waffenstillstand gefordert. Grund dafür ist unter anderem die Befürchtung, dass der Krieg sich regional ausweiten könnte. Als Nachbarland ist Ägypten vom Nil abhängig und pflegt enge Beziehungen zum sudanesischen Militär. Zudem ist Ägypten neben dem Tschad Hauptaufnahmeland für Menschen, die aus dem Sudan flüchten. Allerdings befindet sich Ägypten in einem Dilemma: Neben der engen Verbindung zur SAF hängt das Land, das sich seit Jahren in einer Wirtschaftskrise befindet und auf internationale Unterstützung angewiesen ist, von Investitionen der VAE ab. Zudem ist der libysche General Haftar ein enger Verbündeter Ägyptens im Li-

byenkonflikt. Aber sowohl die VAE als auch Haftar unterstützen die RSF, Letzterer mit Waffen, Treibstoff und weiteren Gütern in Zusammenarbeit mit der Wagner-Gruppe.

Die VAE sind der wichtigste Unterstützer der RSF in Form von Ressourcenankauf (vor allem Gold) und Waffenlieferungen und tragen zur Aufrechterhaltung des Krieges bei. Saudi-Arabien hat in der Vergangenheit sowohl die SAF als auch die RSF auf unterschiedliche Weise unterstützt, um seine regionalen Interessen zu wahren, tritt aber auch immer wieder in Vermittlungspositionen und humanitären Rollen auf. Auch wenn einige dieser AkteurInnen in diplomatischen Rollen auftreten, ist ihre Involvierung grösstenteils durch geopolitische Interessen motiviert und trägt wenig zur Lösung des Konflikts bei. Statt den Weg zu einem echten Frieden zu ebnen, verlängern diese den Krieg und machen die Zivilbevölkerung zum eigentlichen Opfer der geopolitischen Auseinandersetzungen.

Katastrophale humanitäre Folgen

Die Kriegshandlungen haben zu einer der grössten humanitären Krisen unserer Zeit geführt. Mehr als 30 der geschätzten 47,5 Millionen EinwohnerInnen benötigen humanitäre Hilfe, die Hälfte davon sind Kinder. Knapp 26 Millionen Menschen leiden unter akuter Ernährungsunsicherheit, herbeigeführt durch die systematische Zerstörung von Ernten, Feldern und landwirtschaftlichen Geräten, vor allem in den von der RSF kontrollierten Gebieten. Die zivile Infrastruktur, Schulen und Krankenhäuser sind in den Konfliktgebieten weitgehend zerstört. Frauen und Kinder sind überproportional betroffen. Vor allem Frauen und Mädchen sind Ziel sexueller Gewalt. Kinder haben keinen Zugang zu Bildung und sind in Gefahr, von bewaffneten Gruppen rekrutiert zu werden.

Mehr als zwölf Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht, davon 8,8 Millionen innerhalb des Landes. Über drei Millionen Menschen flüchteten in Nachbarstaaten, vornehmlich nach Ägypten (1,5 Millionen), Südsudan (ca. 1 Million) und Tschad (740'000), aber auch nach Libyen, in die Zentralafrikanische Republik, nach Uganda, Kenia und Äthiopien.

Kriegsparteien blockieren Hilfsgüter

Die UNO berechnen den humanitären Bedarf für das Jahr 2025 auf 4,2 Mrd.

US-\$. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres wurden jedoch nur etwa 250 Mio. US-\$ zur Verfügung gestellt. Zu den grössten Gebern für humanitäre Hilfe gehören Grossbritannien und die EU. Auch USAID war ein Hauptgeber, bis US-Präsident Donald Trump die Mittel einfrieren liess. Der Wegfall der Hilfen hätte verheerende Konsequenzen für das Überleben der vom Krieg betroffenen Zivilbevölkerung im Sudan und in den Nachbarländern.

Zudem blockieren beide Kriegsparteien regelmässig Hilfen internationaler Organisationen. Bürokratische Hindernisse wie langwierige Genehmigungsprozesse sorgen für verspätete Hilfslieferungen. Umso wichtiger ist die Rolle der Widerstandskomitees, die unter hohem Sicherheitsrisiko Hilfe leisten. Sie erfahren jedoch zu wenig internationale Unterstützung.

Spannungen in den Nachbarländern

Die Situation für sudanesischen Geflüchtete ist auch in den Nachbarländern dramatisch. Ägyptens Regierung sieht die grosse Zahl sudanesischer Geflüchteter als Belastung für das bereits desolate Wirtschafts- und Sozialsystem im Land. Von Beginn an hat die ägyptische Regierung die Geflüchteten an den wenigen Grenzübertritten nur unzureichend versorgt und die legale Einreise fast unmöglich gemacht. Im Dezember 2024 trat ein neues Asylgesetz in Kraft, das die Rechte der Geflüchteten weiter einschränkt. Gleichzeitig kam es bereits zu gewaltsamen Abschiebungen sudanesischer Geflüchteter durch die Polizei und die Grenzschutztruppen, deren Kapazitäten mit EU-Mitteln ausgebaut werden sollen.

Auch im Südsudan, der sich ohnehin in einer langanhaltenden humanitären Krise befindet, stellt die Versorgung der über eine Million Geflüchteten aus dem Sudan die Regierung und humanitäre Organisationen vor grosse Herausforderungen. Unter den Geflüchteten sind etwa 700'000 SüdsudanInnen, die in der Vergangenheit in den damaligen Norden des Sudan geflohen waren. Trotzdem kommt es zunehmend zu Spannungen in den aufnehmenden südsudanesischen Gemeinden. Im Januar 2025 gab es Unruhen unter anderem in Juba. Neun SudanInnen wurden getötet. Im Tschad lebt nach wie vor die Hälfte der Geflüchteten in Lagern, in denen die Versorgung unzureichend ist, und in Äthiopien hat die Regierung hor-



rende monatliche Visagebühren für dezentral untergekommene sudanesischen Geflüchtete beschlossen.

Internationale Friedensbemühungen

Der Krieg im Sudan verdeutlicht die tiefe Krise, in der sich die Institutionen internationaler Friedenssicherung derzeit befinden. So ist es zwei Jahre nach Ausbruch des Krieges nicht gelungen, einen geeigneten und von beiden Seiten anerkannten Vermittler zu finden. Seit Beginn des Krieges haben eine Vielzahl an internationalen und regionalen Organisationen sowie einzelne Staaten versucht, einen Friedensprozess aufzusetzen: Mehr als zehn Waffenstillstandserklärungen und zahlreiche Roadmaps erzielten keine nennenswerten Ergebnisse.

Der Mangel an Koordination unter den zahlreichen Sondergesandten und Vermittlungsinitiativen lud die Konfliktparteien eher dazu ein, die konkurrierenden MediatorInnen gegeneinander auszuspielen, den Verhandlungstisch zu nutzen, um internationale Legitimität zu gewinnen und gleichzeitig den Krieg mit immer gewaltvolleren Mitteln weiterzuführen.

Die Krise zeigt sich auch in äusserst eingeschränkten Ansätzen der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung, die

den Konflikt als einen zwischen «zwei Generälen» deuten und darauf abzielen, diese an den Verhandlungstisch zu bringen. Dem liegt nicht nur ein verkürztes Konfliktverständnis zugrunde. Es werden auch die Frieden schaffenden Potenziale der Zivilbevölkerung – insbesondere von Frauen – ignoriert. Sudanesischen AktivistInnen fordern deshalb, dass eine neue Art der Konfliktlösung imaginiert und umgesetzt werden muss.

UNO-Sicherheitsrat durch Russland blockiert

Das Scheitern der bisherigen Friedensbemühungen zeigt sich auf vielfache Weise. Weil Russland die SAF unterstützt, ist der UNO-Sicherheitsrat in seinen Entscheidungen zum Sudan blockiert und konnte bisher keine Friedensbemühungen initiieren. Im November 2024 scheiterte eine von Grossbritannien und Sierra Leone gesponserte Resolution zum Schutz von ZivilistInnen am Veto Russlands. Sanktionen gegen die Kriegsparteien und ihre internationalen Unterstützer sind so auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

Durch ihre Präsenz vor Ort hatte die UNO lange Zeit eine erhebliche Macht

Fortsetzung Seite 14



Fortsetzung von Seite 13

gegenüber beiden Parteien, insbesondere durch die Dokumentation von Kriegsverbrechen. Ende 2023 entschied der UNO-Sicherheitsrat jedoch – auf Drängen der sudanesischen Regierung –, die politische Stabilisierungsmission UNITAMS zu beenden, nachdem die Regierung des Sudan den deutschen Chef der Mission ausgewiesen und zur Persona non grata erklärt hatte.

Enormer Reputationsschaden für die Afrikanische Union

Die beiden verbleibenden Instrumente der UNO sind der Ende 2023 ernannte Persönliche Sondergesandte des UNO-Generalsekretärs, Ramtane Lamamra, der bisher aber auch keinen Vermittlungs- oder Koordinationserfolg vorweisen konnte, sowie die Independent International Fact Finding Mission for Sudan. Die Afrikanische Union AU hat zunächst sehr schnell auf den Ausbruch des Krieges reagiert und von Anfang an versucht, den politischen Friedensprozess wiederzubeleben. Doch drei verschiedene, innerhalb eines Jahres ins Leben gerufene Vermittlungsversuche zeigen die mangelhafte interne Koordination sowie die fehlende internationale Anerkennung der AU. Seit dem Putsch im Oktober 2021 ist der Sudan von allen Aktivitäten der AU suspendiert.

Auf dieser Grundlage hat die SAF bisher eine Führungsrolle der AU abgelehnt. Doch die Fortdauer des Krieges bedeutet einen enormen Reputationsschaden für die AU und ihr Prinzip der Nicht-Gleichgültigkeit (non-indifference). Dabei hat die AU gegenüber allen anderen internationalen AkteurInnen den Vorteil, dass sie die Legitimität einer afrikanischen Vermittlungsinstanz hätte und von den Kriegsparteien selbst als weniger parteiisch angesehen wird.

Vermittlungsbemühungen der Nachbarländer

Auch die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (Intergovernmental Authority on Development, IGAD) hat sich aktiv an den Vermittlungsbemühungen im Sudan beteiligt. Die 2023 beschlossene IGAD-Roadmap beauftragte die Staatschefs von Kenia, Dschibuti, Äthiopien und dem Südsudan, im Sudan zu vermitteln, allerdings ohne grossen Erfolg. Im Januar 2024 setzte der Sudan seine Mitgliedschaft in der IGAD aus und beschuldigte die Organisation, die Souveränität des Landes zu verletzen, nachdem Hemedti zu einem IGAD-Gipfel in Uganda eingeladen wurde.

Insbesondere Kenia wird vorgeworfen, enge Verbindungen zur RSF-Führung zu haben und ihr internationale Legitimität zu verschaffen. Die Aufkündigung der Mitgliedschaft hat die Aussicht der IGAD auf eine ernsthafte Vermittlerrolle im Sudan verringert. Als direkte Nachbarländer bleiben die IGAD-Mitglieder dennoch weiterhin zentral: Weil sie von den Auswirkungen des Konflikts betroffen und damit besonders an einer Eindämmung der Gewalt interessiert sind.

Bilaterale Initiativen

Neben den diversen Initiativen internationaler Organisationen haben einzelne Staaten, allen voran die USA, Saudi-Arabien, Ägypten und die VAE, die Verhandlungen zwischen beiden Seiten angetrieben. Während die Verhandlungen im Mai und Oktober 2023 in Jeddah noch zu einem Waffenstillstandsabkommen führten, das allerdings scheiterte, ist die Delegation der SAF erst gar nicht zu den Gesprächen erschienen, die im Januar 2024 in Genf stattgefunden hatten.

Aktuell versuchen vor allem Ägypten und die Türkei, direkte Gespräche zwischen der SAF und der RSF anzustossen.

Diese Bemühungen finden jedoch eher in Konkurrenz zueinander als koordiniert statt. Nach der Machtübernahme von Donald Trump werden sich die USA als bisher wichtiger Akteur in den Vermittlungsversuchen im Sudan zurückziehen. Noch im Januar 2025 hatte die scheidende US-Regierung Sanktionen gegen al-Burhan und Hemedti verhängt.

Zivile Friedensprozesse fördern

Die bisherigen internationalen Friedensbemühungen folgten allesamt der Logik und Hoffnung, dass ein starker Mediator beide Seiten zu einem Waffenstillstand zwingen kann. Dieser Ansatz ist gescheitert, denn bisher hat keine der beiden Seiten ernsthaft an Verhandlungen teilgenommen. Die beiden Kriegsparteien sowie internationale AkteurInnen profitieren weiterhin vom Fortgang des Krieges, obwohl für keine der beiden Seiten ein vollständiger Sieg eine realistische Option ist.

Der blinde Fleck dieses Ansatzes sind die Friedensbemühungen der wichtigsten Kraft im sudanesischen Friedensprozess: die Zivilbevölkerung. Ihr wird in diesen Friedensstrategien kaum eine aktive Rolle zugedacht. Das ist ein grosses Versäumnis, wenn man anerkennt, welche zentrale Rolle zivile AkteurInnen in den politischen Umwälzungen seit 2019 gespielt haben.

Seit dem Ausbruch des Krieges hat die Zivilbevölkerung ihre organisatorischen Fähigkeiten unter Beweis gestellt, sichere Korridore ermöglicht, humanitäre Hilfe in ihrer Nachbarschaft organisiert und lokale Friedensabkommen unterzeichnet. Dafür wurden die sogenannten Emergency Response Rooms, eine Initiative der Widerstandskomitees, im vergangenen Jahr für den Friedensnobelpreis nominiert. Internationale diplomatische Bemühungen sollten diese lokalen Initiativen stärker nutzen, um die Zivilbevölkerung besser zu schützen, einen Waffenstillstand zu überwachen, den Frieden auf lokaler Ebene zu sichern und humanitäre Hilfe zu leisten.

Die AutorInnen: Marc von Boemcken (BICC, Bonn International Centre for Conflict Studies), Larissa Diana Fuhrmann (PRIF, Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung), Birgit Kemmerling (BICC), Raga Makawi (LSE, London School of Economics), Lars Wirkus (BICC), Antonia Witt (PRIF). Die Schlussfolgerungen der AutorInnen wurden nicht übernommen, da sie sich auf Forderungen an die bundesdeutsche Politik beziehen. Die Untertitel stammen von der Redaktion. Das 156-seitige Friedensgutachten ist für 15 Euro als Print oder gratis als PDF zu beziehen beim Transcript Verlag in Bielefeld.

Widerstand gegen den Frieden

Im Sudan entfacht Frieden auf paradoxe Weise Konflikte. Trotz vieler Friedensinterventionen in den Jahrzehnten seit dem Abkommen von Addis Abeba 1970 – mit vier bedeutenden Vereinbarungen, die 2005, 2006, 2011 unterzeichnet wurden und in der Juba-Friedensvereinbarung (JPA) von 2020 gipfelten – hat die Gewalt sich ausgeweitet. Anstatt Frieden zu bringen, haben diese Vereinbarungen die Konflikte verlagert und neu geformt, während sich die Machtverhältnisse innerhalb des Staates verschoben.

/Raga Makawi/

Seit April 2023 ist die Gewalt eskaliert. Trotz aller Widersprüche bleiben die internationalen Werkzeuge des Peacebuilding das bevorzugte Mittel derer, die im Sudan an der Macht sind, und der internationalen Akteure, die in die Friedensverhandlungen involviert sind, um die bestehenden Machtverhältnisse hin zu gerechteren Regierungsmodellen umzugestalten. Doch zeigt sich zunehmend, dass innerhalb der bestehenden Strukturen kaum nachhaltige Veränderungen möglich sind. Vielleicht braucht es erst eine Abschaffung aller bisherigen Institutionen und Mechanismen, um eine gerechtere und selbstbestimmte Zukunft für die Menschen im Sudan zu ermöglichen.

Frieden entsteht, wenn unterschiedliche materielle und politische Interessen von Konfliktparteien durch Gespräche und Vermittlung in Einklang gebracht werden. In der Praxis jedoch begünstigt die hochgradig technische Natur der Friedensverhandlungen Klauseln und Bestimmungen, die die Beteiligten rechtlich an greifbare Ergebnisse binden. Verhandlungen wurden zum Mittel, um für alle Parteien – einschliesslich der internationalen Gemeinschaft in ihrer Rolle als finanzielle Garantin – den maximalen Nutzen zu sichern. Doch das Versäumnis, die politischen Kernfragen des Übergangs zum Frieden anzuerkennen und anzugehen, insbesondere die heikle Frage der Repräsentation in autoritären Systemen sowie die Mittel und Rechte institutionellen Aufbaus, hat letztlich jede echte Friedensdividende untergraben.

Das nach dem Sturz von al-Bashir 2019 entstandene sudanesisches Demo-

kratieprojekt und die damit verbundene Bewegung entwickelten alternative Vorstellungen von Frieden. Besonders hervorzuheben ist dabei die Idee des Friedens als Fundament einer neuen einheitlichen nationalen Identität. Die Parole «Niemand ist sicher, solange nicht alle sicher sind» greift die universelle Sprache kollektiver Kämpfe auf, während sie gleichzeitig die Sicherheitsprivilegien problematisiert, die weite Teile des Landes und seiner Bevölkerung ausschlossen.

Die politischen Ausdrucksformen der Revolution machten mit Nachdruck und Konsequenz auf die Krise der Ungerechtigkeit als tiefer liegende Ursache der anhaltenden Friedlosigkeit aufmerksam. «Freiheit – Frieden – Gerechtigkeit», der dreigliedrige Hauptslogan der Bewegung, unterstreicht die enge Verflechtung des Rechts auf Freiheit und die Notwendigkeit, als Grundvoraussetzung für dauerhaften Frieden jede Form von Unrecht zu beenden.

Der politische Diskurs der zivilgesellschaftlichen Basisbewegung warnte davor, dass etablierte Friedensnormen neue Konflikte begünstigen könnten. Die Widerstandskomitees sahen in ihrem 80-seitigen politischen Manifest von 2021 den Ausbruch des Krieges als eine natürliche Eskalation der ohnehin tiefen Zerwürfnisse innerhalb der JPA-

Elite – einer Elite, die den bürgerlichen Kern des Übergangs ausgehebelt hatte und die schliesslich nur 28 Monate später einen Putsch durchführte.

Kann der Krieg erreichen, was konventionelle Friedensmassnahmen verfehlten? Es klingt beinahe zynisch, dies zu fragen. Doch könnte der Krieg eine Öffnung für basisdemokratische Interventionen an Orten schaffen, aus denen Grossteile der Bevölkerung systematisch ausgeschlossen wurden. Es ist darüber nachzudenken, wie die Beteiligung der Bevölkerung an der Reform und Umstrukturierung staatlicher Institutionen aussehen kann, insbesondere im Hinblick auf die Grenzen bewaffneter AkteurInnen in Politik und Regierungsführung.

Derzeit prägen der freiwillige Einsatz von immer grösser werdenden Teilen der Zivilbevölkerung im Militär und die finanzielle Unterstützung aus Diasporanetzwerken die Dynamik an den Frontlinien des Krieges mit erheblichen Auswirkungen auf die politische Zukunft des Landes nach dem Konflikt. Diese Teile der aktuell engagierten Zivilbevölkerung werden die Debatten und Reformen im Sicherheitssektor mitgestalten, während gegenseitige Hilfe bereits die Organisation der öffentlichen Versorgung prägt. Beides ist entscheidend für einen zivilen Übergang, bei dem ein handlungsfähiger Staat nicht mehr von oben vorgegeben, sondern von den Menschen selbst gestaltet wird.

(aus dem Englischen)



Volunteering for Peace 

Freiwilligeneinsätze Weltweit mit SCI

scich.org

- Einsätze für **alle** ab 16/18 Jahren
- Ökologische, soziale und kulturelle Projekte
- In 90 Ländern und der Schweiz

 Infos und Anmeldung:
info@scich.org / 031 381 46 20

 **SCI Schweiz**